



iran-report

Nr. 06/2002

ایران رپورت

I. Innenpolitik:

Planen Rechte einen Staatsstreich?/Ein Professor übt scharfe Kritik an den Mullahs/Hochangesehener Großayatollah Taheri legt Amt als Freitagsprediger nieder/Hartes Urteil für einen Tänzer/Siamak Purzand zu erniedrigender Selbstbezeichnung gezwungen/Revolutionsführer Khamenei droht mit Sanktionen/Studentendemonstrationen/"Freiheitsbewegung" verboten/Kongress der Front Mosharekat mit aufschlussreichem 25seitigem Kommuniqué/Frauenpartei in Gründung

II. Wirtschaft

Arbeiter demonstrieren gegen Änderung des Arbeitsrechts/Laufender Fünfjahrplan scheitert/Arbeitslosigkeit nimmt auch bei Akademikern zu/Iranischer Luftverkehr in besorgniserregendem Zustand/Staatsapparat wird immer weiter aufgebläht und behindert wirtschaftliche Entwicklung/Das neue iranische Auto heißt „goldenes Pferd“

III. Außenpolitik

USA: Russland soll Atomkooperation mit Iran beenden/Israelischer Geheimdienstchef sieht im Iran die größte Gefahr für die westliche Welt/EU-Berater für Außen- und Sicherheitspolitik Solana in Teheran: Verfolgt die EU jetzt auch den Konfrontationskurs der USA? Iranische Reformbewegung braucht außenpolitischen Erfolg und die Zusammenarbeit mit Europa

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 07/2002 Anfang September) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im August 2002

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen, wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
alvarez@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 202

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Albert Eckert

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 - 0
Fax: 030-285 34 - 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Vorbemerkung

Die innenpolitische Krise in Iran, die nach den Parlamentswahlen im April 2000 einen ersten Höhepunkt erreichte, verschärft sich zunehmend. Inzwischen scheinen viele Reformer, die lange Zeit hindurch glaubten, zumindest mit moderateren Teilen der Rechten einen Konsens finden zu können, die Hoffnung aufgegeben zu haben. Zahlreiche Parlamentsabgeordnete und führende Vertreter der Reformbewegung, die ein staatliches Amt tragen, erwägen ernsthaft, ihre Ämter nieder zu legen und außerhalb der Macht zu operieren. Die Basis Präsident Chatamis, der anscheinend immer noch an ein Einlenken der moderaten Rechten glaubt, schrumpft im Volk weiter. Viele haben die Hoffnung, die sie in ihn gesetzt hatten, inzwischen verloren. Auch bei den Konservativen ist die Angst, die Zügel der Macht nicht mehr halten zu können, deutlich spürbar. Das überraschende Verbot der „Freiheitsbewegung“, die Verurteilung des Ausschussvorsitzenden für Außenpolitik und innere Sicherheit Mohsen Mirdamadi und das Verbot seiner Zeitung „Noruz“ (das Organ der Mehrheit im Parlament) und weitere Ereignisse, über die wir berichten, führen manche politische Beobachter in Teheran zu der Vermutung, die Rechte plane einen Staatsstreich, um die gesamte Reformbewegung in die Schranken zu weisen. Die wiederholten Angriffe und Warnungen aus den USA und die Ankündigung, Washington werde eine Kursänderung vornehmen und nur noch das Begehren des iranischen Volkes nach Freiheit und Demokratie unterstützen, macht die Lage noch problematischer. Die Ereignisse des Monats Juli stellen eindeutig eine Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen den Fronten dar.

Aghadjari übt scharfe Kritik an den Mullahs - Beifall und Proteste

Ein Professor bringt die Kaste der Mullahs schwer in Bedrängnis und versetzt ganz Iran in Aufruhr. Hashem Aghadjari lehrt an der Hochschule für Lehrerausbildung und ist zugleich Mitglied der an der Regierung beteiligten „Organisation der Modjahedin der Islamischen Revolution“. Anfang Juli hielt er in der westiranischen Stadt Hamedan

zum Gedenken an Ali Shariati, einen Islamwissenschaftler, Soziologen und Vordenker der Islamischen Revolution, eine Rede über den islamischen Protestantismus und ging dabei mit der herrschenden Geistlichkeit hart ins Gericht.

Das Thema ist nicht neu. In der Geschichte des Islam hat es schon oft einzelne Geistliche und Intellektuelle, sogar ganze Strömungen gegeben, die den Klerus als eigentliches Hindernis einer Erneuerung und Modernisierung des islamischen Glaubens betrachteten. Die Kritik richtete sich zumeist dagegen, dass der Klerus an längst überkommenen Traditionen festhält, Aberglauben verbreitet und die Vermittlerrolle zwischen Gott und Menschen für sich beansprucht. „Gläubige sind keine Affen, die geistliche Vorbilder nachahmen“, schrieb Schariati.

Aghadjari ging weit über diese Kritik hinaus. Der Unterschied zwischen der Zeit Schariatis (der Schah-Zeit) und unserer Gegenwart bestehe darin, sagte er, dass wir nicht in erster Linie mit einem traditionell orientierten Islam konfrontiert seien, sondern mit einem Islam, der fundamentalistisch und im Besitz der politischen Macht ist. Heute sei der Klerus mit der politischen Führung des Staates identisch. Diese Macht zeige weit mehr als der traditionell orientierte Islam Bereitschaft, die Rechte der Individuen zu missachten und zu zertreten.

Der Professor verhüllte seine Kritik zunächst in eine historische Betrachtung des christlichen Protestantismus und hob hervor, dass diese Bewegung, die sich gegen die Übermacht der Kirche richtete, niemals zum Erfolg geführt hätte, wenn sie nicht mit dem Humanismus und der Aufklärung gekoppelt gewesen wäre. Dann kehrte er in die Gegenwart zurück und startete einen Frontalangriff gegen die Geistlichkeit. Diese habe nicht nur Gott und den Glauben, sondern auch die weltliche Macht für sich monopolisiert. Damit erlaube sie sich jede Willkür. Sie lasse ihre Kritiker und Gegner foltern, zu falschen Geständnissen zwingen, hinrichten oder durch Terroranschläge ermorden. All dies sei mit der Substanz des Islam nicht vereinbar. Daher müsse sich der islamische Protestantismus unter den heuti-

gen Umständen nicht allein gegen die längst überkommene Tradition richten, sondern weit mehr für die Durchsetzung der Menschenrechte und humanistischer Grundsätze kämpfen.

Der Redner erhielt überschwänglichen Beifall, wurde aber zugleich von einer kleinen Minderheit im Saal beleidigt und beschimpft, so heftig, dass er schließlich seine Rede abbrechen und flüchten musste. Schon am nächsten Tag organisierte die Rechte eine Kampagne gegen ihn. Die konservative Presse wütete, in zahlreichen Städten wurden Protestdemonstrationen organisiert, bei denen auch Aghadjaris Hinrichtung verlangt wurde. Die Proteste waren so heftig, dass sich auch manche geistlichen Reformen, darunter Präsident Chatami, zu einer Distanzierung gezwungen sahen. Aghadjari revidierte in einem Schreiben an den Parlamentspräsidenten Karrubi seine Äußerungen und schränkte die pauschale Kritik an der Geistlichkeit ein. Schließlich wurde die Justiz eingesetzt, sie klagte ihn wegen „Beleidigung des Glaubens“ an. Doch der Angeklagte folgte nicht der Vorladung. Der Richter setzte einen zweiten Termin fest und verhängte ein Ausreiseverbot. Am 8. August wurde Aghadjari verhaftet.

Es gab aber auch unter den Reformern Stimmen, die trotz der von den Rechten erzeugten Pogromstimmung Aghadjari unterstützten. Seine Organisation, die „Modjahedin der islamischen Revolution“ veröffentlichte zu dem Fall eine Stellungnahme und erklärte: „Wir sind stolz, mutige Mitglieder wie Aghadjari zu haben.“

Das Schicksal von Aghadjari ist ungewiss, sicher ist aber, dass er der überwiegenden Mehrheit des Volkes aus der Seele gesprochen hat. Sicher ist auch, dass die Wellen, die er in Bewegung gesetzt hat, sobald nicht zur Ruhe kommen werden.

Großayatollah Taheri legt sein Amt als Freitagsprediger nieder

Der einflussreiche Geistliche, Ayatollah Taheri, erklärte in einem offenen Brief vom 18. Juli, dass er sein Amt als Freitagsprediger der Stadt Isfahan niederlege. Der Brief ist eine harte Abrechnung mit dem herrschenden Klerus. Gewöhnlich führen hohe Geistliche

ihre Auseinandersetzungen in einer verschlüsselten Sprache. Anders bei Ayatollah Taheri. Er stellt in seltener Offenheit die islamischen Machthaber an den Pranger.

Seit dreißig Jahren predigt Ayatollah Taheri in Isfahan, einer der größten und wichtigsten Städte Irans. Er war einer der engsten Weggefährten Chomeinis. In der Bevölkerung genießt er eine große Popularität. Über eine Million Bewohner Isfahans stimmten seiner Kandidatur für die „Expertenversammlung“ zu, die u.a. die Aufgabe hat, den Revolutionsführer zu wählen und dazu befugt ist, ihn abzusetzen. Taheri gehörte zu den ersten Geistlichen, die während der Schah-Zeit öffentlich einen islamischen Staat forderten. Er zählte auch zu den schärfsten geistlichen Kritikern des Schah-Regimes und wurde deshalb mit langjähriger Haft und Verbannung bestraft. Nach der islamischen Revolution, zu deren führenden Köpfen und Organisatoren er gehörte, wurde er Mitglied der „Expertenversammlung“, die zunächst gewählt wurde, um die Verfassung der Islamischen Republik zu schreiben. Während des Krieges gegen Irak, dem auch einer seiner sechs Söhne zum Opfer fiel, hielt er sich oft an der Front auf, womit er seine Popularität erheblich steigerte. Dennoch weigerte er sich, ein Staatsamt zu übernehmen.

Seit Beginn der Reformbewegung und der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten hat der heute 76jährige Ayatollah die Bewegung unterstützt und bei seinen Freitagspredigten die konservativen Islamisten, auch den Revolutionsführer Khamenei kritisiert. Sein offener Brief vom 18. Juli wird allgemein als historisch bezeichnet. Sicher ist jedenfalls, dass er nachhaltig eine große Wirkung haben wird.

Der Brief ist an „das würdige und stolze Volk Irans“ gerichtet. Er habe nicht die Absicht, schreibt Taheri, Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. Doch er könne nicht länger die Augen vor den unerträglichen Qualen verschließen, die das Volk zu erleiden habe. Er könne nicht mehr mit ansehen, wie geistige und religiöse Werte durch das sich verbreitende Verderben vernichtet würden.

Ayatollah Taheri zitiert den Propheten Mohammed, der gesagt hatte: „Es gibt

zwei Gruppen im Volk, die, wenn sie das Gute wählen, die islamische Gemeinde auf den rechten Weg führen, wenn sie aber auf Abwegen geraten, das Volk ins Verderben stürzen." Mit den beiden Gruppen sind die geistlichen Gelehrten und die Besitzer der politischen Macht gemeint. Der Sinn der Revolution bestehe in der Erfüllung der Forderungen und Wünsche des Volkes. Doch heute sei genau das Gegenteil erreicht. „Wenn ich an unsere Versprechungen zu Beginn der Revolution denke, schlägt ein Beben durch meinen Körper. Wenn ich höre und sehe, wie einige Auserwählten und deren Söhne, zum Teil im religiösen Gewand versteckt, miteinander um den Raub des Volkseigentums wetteifern, dann überfällt mich die Scham. Wie lange noch soll das Volk mit hohlen Reden, Kundgebungen und Demonstrationen gespeist werden? Wie lange noch sollen die Menschen in unserem Land Gesetzesbrüche, Dummheiten und die Vorteilnahme der Machthaber erdulden? Sie kehren dem Glauben den Rücken, sie sind resigniert, leiden unter Arbeitslosigkeit, Inflation. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird immer größer. Unsere Wirtschaft ist krank, die Verwaltung ist zutiefst verdorben, die Korruption schreitet zum Himmel, immer mehr Menschen verfallen der Drogensucht. All dies bedroht die Existenz unseres Landes. Überall herrscht Willkür, die Gesetze werden missachtet, das Land wird von mafiösen Gruppen beherrscht, das Parlament wurde entmachtet, die Macht wird durch Kräfte, die nicht vom Volk gewählt sind, monopolisiert, die Wirtschaft wird von Stiftungen und geheimen Unternehmen beherrscht, die Intelligenz des Landes wird zur Flucht ins Ausland getrieben, Menschen werden willkürlich verhaftet, die freie Presse wird ausgeschaltet. Eine Fraktion versucht die Regierung lahm zu legen. Der Wille des Volkes wird total missachtet. Der Glaube wird zur Erlangung der weltlichen Macht missbraucht. Halbstarke und Faschisten, von Dummheit und Wahn ergriffen, stehen mit den Zentren der Macht in Verbindung. Sie benehmen sich zügellos, bewegen sich außerhalb der Gesetze und werden für ihre Taten nicht zur Verantwortung gezogen. Sie spielen gleichzeitig die Rolle der religiösen Instanzen, der Philosophen, der Polizisten, der Herrscher und Richter. Sie überfallen die Universitäten, besudeln die Ehre der Kultur und Wissenschaften, sie begehen

Kettenmorde gegen unschuldige Menschen... Ich habe vor dreißig Jahren durch den verehrten Revolutionsführer, Ayatollah Chomeini, der damals in Nadjaf weilte, den Auftrag erhalten, in Isfahan zu predigen. Doch nun bin ich nicht mehr imstande, dieses Amt fortzuführen."

Der Rücktritt schlug wie eine Bombe ein. Zahlreiche Gruppen, auch Parlamentsabgeordnete erklärten ihre Solidarität mit dem Ayatollah und stimmten seinen Ausführungen zu. Endlich hatte einer es gewagt, die Tatsachen beim Namen zu nennen. Der bekannte Geistliche Reformier Mohsen Kadivar erklärte, der offene Brief widerspiegeln die Meinung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Für die Konservativen war der offene Brief ein schwerer Schlag. Denn diesen geistlichen Kollegen, dem sie viel Dank für seine Taten schulden, konnten sie nicht der Feindschaft gegen die Islamische Republik und schon gar nicht gegen den Islam bezichtigen. So versuchten sie wenigstens, den Schaden zu begrenzen. Das Informationsministerium verbot in einem Rundschreiben der Presse, den Brief zu kommentieren. Doch die Konservativen kümmerten sich nicht darum und bezichtigten Taheri der Kollaboration mit den USA. Nahezu sämtliche Prediger griffen Taheri scharf an und warfen ihm vor, den Feinden des Gottesstaates auf den Leim gegangen zu sein. Auch Revolutionsführer Khamenei konnte den offenen Brief nicht einfach ignorieren und die Vorwürfe unwidersprochen lassen.

„Ich habe gestern einen von Ihnen unterzeichneten Brief gelesen, in dem Sie sich über den Zustand des Landes, über moralische und wirtschaftliche Vergehen, über Ungleichheiten zwischen Klassen und Schichten und über den Missbrauch seitens einiger Amtsinhaber und Geistlichen beklagt haben“, schrieb er an Ayatollah Taheri. „Ich selbst habe in den vergangenen Jahren schon oft auf diese Missstände hingewiesen und gefordert, dass alle Kräfte eingesetzt werden sollen, um Armut, Korruption und Ungleichheit zu beseitigen. Auch jetzt bin ich der Meinung, dass wir diese Zustände nur durch einen ehrlichen Einsatz aller Kräfte und die Einheit aller, die im Staat und der Gesellschaft Verantwortung tragen, ändern können. Selbstverständlich erwarte ich gerade von Ihnen, der be-

reits in der Vergangenheit die Revolution unterstützt hat, eine aktive Unterstützung.“

Khamenei zählt drei Ziele auf, die bei diesem gemeinsamen Kampf erreicht werden müssten, erstens die Schaffung von Arbeit, zweitens die Beseitigung der Korruption und drittens die Einheit des Volkes unter der Fahne des Islam und der Revolution. Dann geht er zum Angriff über. Leute, die glauben, dass sich die islamische Staatsordnung in der Krise befinde und geschwächt sei, seien im Grunde selbst geschwächt. Sie hätten die Absicht, die Jugend auf Abwege zu führen. In dieser Situation müsse jede Kritik, auch wenn sie berechtigt sei, mit Bedacht geäußert werden. Denn sie könne leicht von den inneren und äußeren Feinden mißbraucht werden.

„Seit der Veröffentlichung Ihres Briefes haben Konterrevolutionäre, die finanziell von den USA unterstützt werden, daraus den größten Nutzen gezogen und ihn als eine Stellungnahme gegen die islamische Staatsordnung gedeutet. Selbstverständlich stimme ich dieser Deutung nicht zu, denn ich kenne Ihre Verdienste und weiß auch, wie wohl Sie mir gesonnen sind. Dennoch gibt es Menschen, die sich vom Teufel verführen lassen. Diese Tatsache sollte uns dazu veranlassen, unsere Worte abzuwägen und zu verhindern, dass die Einheit unseres Volkes beeinträchtigt wird. Denn jede Schwächung der islamischen Staatsordnung ist ein Fehler, der nicht verziehen werden kann.“

Abgesehen von dieser eindeutigen Drohung wurde auf den Ayatollah ein enormer Druck ausgeübt, damit er seine Aussagen widerruft. Es wurde das Gerücht verbreitet, der Brief sei nicht von ihm selbst verfasst worden. Mehrere Delegationen suchten den Geistlichen auf, um ihn zum Widerruf zu bewegen. Doch bislang ist der Ayatollah standhaft geblieben.

Hartes Urteil gegen einen Tänzer

„Ich kenne die iranischen Gesetze nicht und konnte mir niemals vorstellen, dass ich mich durch Tanzen und durch meinen Beruf als Tanz- und Sportlehrer strafbar mache“, sagte Mohammad Khordadian dem Richter in Teheran. Khordadian war 1981 nach Amerika

ausgewandert. Dort fand er zunächst keine Arbeit. Er lernte eine Engländerin kennen, die er bald heiratete. Sie entdeckte seine Begabung für Tanz, Musik und Sport und empfahl ihm, eine Tanzschule zu eröffnen. Er folgte dem Vorschlag, bekam auch bald großen Zulauf von Schülerinnen und Schülern. Er trat auch gelegentlich bei Unterhaltungsveranstaltungen auf und produzierte seine Kunst auf Videos.

Im März dieses Jahres, nachdem seine Mutter gestorben war, zog es ihn in die Heimat. Er wollte zum Grab seiner Mutter, wollte auch die Erinnerungen aus der Zeit seiner Jugend neu entdecken. Doch er wurde bald von den Sitzenwächtern des Gottesstaates entdeckt und ins Gefängnis gesteckt.

„Ich wusste nicht, dass meine Videos auch in Iran bekannt sind“ erklärte Khordadian beim Gericht. „Ich habe in Amerika einen ganz normalen Beruf ausgeübt und war mir nicht bewusst, dass ich damit die Jugend zu sündhaftem Verhalten verleite und der Unmoral und dem Verderben Vorschub leiste.“

Khordadian besitzt die amerikanische Staatsbürgerschaft. Es ist das erste Mal, dass ein gebürtiger Iraner wegen „unsittlichen“ Verhaltens in seiner Wahlheimat, in Iran gerichtlich verfolgt wird. Das Reuebekenntnis des Angeklagten, sowie die Erklärung, er werde im Falle seines Freispruchs in Iran bleiben, konnten den Richter nicht besänftigen. Richter Zamani verurteilte den Tänzer zu zehn Jahren Gefängnis mit Bewährung und zehnjährigem Zwangsaufenthalt in Iran. Das Urteil, sagte der Richter, sei eine Vorbeugemaßnahme. Durch das Ausreiseverbot solle verhindert werden, dass der Angeklagte abermals in die Versuchung käme, sich sündhaft zu verhalten.

Rasuli, der Verteidiger, hat gegen das Urteil Widerspruch eingelegt. Der Presse gegenüber sagte er, er habe sich gewundert, dass der Richter den Aufenthalt in Iran als eine Strafmaßnahme betrachte. Es sei doch eine Ehre, sich in Iran aufhalten zu dürfen.

Siamak Purzand wurde zu erniedrigender Selbstbezeichnung gezwungen

Der Journalist und Medienfachmann Siamak Purzand trat am 25. Juli bei einer

vom Revolutionsgericht inszenierten Pressekonferenz auf und erklärte, er sei über seine Vergangenheit beschämt und bitte um Vergebung. Purzand ist 73 Jahre alt. Er wurde zuvor in einem geheimen Prozess zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Pressekonferenz fand im Justizgebäude am Teheraner Flughafen statt. Zu der Pressekonferenz waren lediglich Vertreter der staatlichen Nachrichtenagentur „Irna“, des staatlichen Fernsehens und Rundfunks und der studentischen Nachrichtenagentur „ISNA“ zugelassen. ISNA berichtete, dass ihrem Vertreter vor Beginn der Konferenz eine Liste von Fragen überreicht worden sei und man ihm erklärt habe, nur diese Fragen seien zugelassen. Offensichtlich seien auch die Antworten Purzands auf die Fragen zuvor festgelegt gewesen.

Purzand schilderte in Anwesenheit von Justiz- und Sicherheitsbeamten und den genannten Journalisten zunächst seine Aktivitäten während der Schah-Zeit und bekannte reumütig, er habe stets versucht, die verderbliche und zersetzende Kultur aus dem Westen in den Iran einzuführen. Die meisten seiner Mitarbeiter seien Mitglieder des Geheimdienstes SAVAK gewesen. Dieses Bestreben habe er auch nach der Revolution fortgesetzt. Er habe eng mit Monarchisten, auch ausländischen Sendern zusammengearbeitet. Diese Aktivitäten seien vom Ausland aus unterstützt worden. Er habe versucht, auf die im Iran erscheinende, liberale Presse Einfluss auszuüben. Als die Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran in Geiselhaft genommen worden waren, habe er die Befreiungsaktion der USA unterstützt und dabei aktiv mitgewirkt. Doch die Aktion sei schließlich gescheitert.

Purzand erklärte, auch seine Frau, die bekannte Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Mehrangiz Kar, die sich zurzeit in den USA aufhält, stehe mit den Monarchisten in enger Verbindung. Ihr Einsatz für Frauenrechte erfolge im Auftrag der Schah-Familie.

Auf die Frage eines Journalisten, ob die Verhöre von Künstlern und Intellektuellen, die zurzeit durchgeführt werden, mit seinen Aussagen in Zusammenhang stehen, antwortete er, er habe bei der Untersuchung seines Falls eine ganze Reihe von Namen genannt. „Geben Sie zu“, fragte ihn ein Journalist,

„dass Sie Jugendliche unseres Land ins Verderben geführt haben?“, erklärte Purzand, er habe bei der Kampagne ausländischer Medien gegen die islamische Republik mitgewirkt.

Weinend und schluchzend antwortete der 73jährige Journalist auf die Frage, ob er um Gnade gebeten habe: „Ich bereue zutiefst meine Taten. Doch ich weiß nicht, ob ich den Mut aufbringen werde und ob ich überhaupt ein Recht dazu habe, um Gnade zu bitten. Ich habe nur den Wunsch, dass man mir eine Gelegenheit gibt, Reue zu üben und der Islamischen Republik zu dienen, denn ich hasse alles, was ich in der Vergangenheit getan habe.“

Während die inszenierte Pressekonferenz den Protest der Reformer und namhafter Journalisten hervorrief, versuchte die Rechte die Selbstbezichtigung Purzands propagandistisch gegen Intellektuelle, Journalisten, Künstler und Schriftsteller auszuschlachten. Selbst Revolutionsführer Khamenei nahm zu den Äußerungen Purzands Stellung. „Diese Äußerungen“, sagte Khamenei, „zeigen, dass unsere Warnungen über den Kulturkampf, den unsere Feinde gegen uns führen, richtig waren.“

Regierungssprecher Abdollah Ramezanzadeh erklärte in seinem wöchentlichen Pressekonferenz, das Informationsministerium sei über den Fall Purzand nicht informiert gewesen. Diese erstaunliche Stellungnahme veranlasste einige Abgeordnete im Parlament zu einer Anfrage an den Informationsminister. Die Abgeordneten wollten wissen, weshalb das Ministerium in all diesen Jahren über die umfangreichen Aktivitäten Purzands nicht informiert gewesen sei.

Eine offizielle Antwort des Ministers liegt bislang nicht vor.

Unversöhnlich: Revolutionsführer Khamenei droht den drei staatlichen Gewalten mit Sanktionen

„Sollte ich das Gefühl haben, dass die Führung der Exekutive oder Judikative oder auch die Abgeordneten des Parlaments von den Grundsätzen unserer Staatsordnung abweichen, werde ich als Revolutionsführer die nötigen Konsequenzen ziehen“, sagte Revolutionsführer Khamenei. Mit diesen Worten reagierte er auf die neuen Attacken aus

Washington und vor allem auf die Stellungnahmen der Politiker und Journalisten, die eine versöhnlichere Politik den USA gegenüber empfehlen. Heute seien die USA nicht mehr wie zu Schahs Zeiten in der Lage, sich in die Angelegenheiten Irans einzumischen, sagte er. Das iranische Volk stehe geschlossen hinter der Führung des Landes und sei bereit, jede Verschwörung gegen die Revolution und die staatliche Ordnung zu vereiteln. Der Feind - damit sind die USA gemeint - versuche, den Glauben der Bevölkerung an den islamischen Staat zu erschüttern und Hoffnungslosigkeit zu verbreiten. Die USA seien sich bewusst, dass sie weder durch Wirtschaftsboykott noch durch eine militärische Intervention Iran zur Kapitulation zwingen könnten. Daher würden sie nun versuchen, durch einen bereit angelegten Kulturkampf ihr Ziel zu erreichen. Deshalb müsse vor allem die Presse wachsam sein und jede Äußerung, die dem Feind nutzen könnte, vermeiden. Sollte jemand bewusst das Gegenteil versuchen, wäre dies eindeutig Landesverrat.

Die Adressaten, an die der Revolutionsführer seine Warnung richtete, sind nicht schwer auszumachen. Es sind liberale Journalisten und Parlamentsabgeordnete, die der Reformbewegung angehören. „Wenn die USA von Reformen in Iran sprechen, dann haben sie nichts anderes als das Verderben im Sinn“, sagte Khamenei. „Sie wollen unsere islamische Staatsordnung, die den Willen unseres Volkes widerspiegelt, ins Verderben stürzen.“ Der Revolutionsführer forderte die Vertreter der Reformbewegung direkt auf, ihren Weg von dem der USA zu trennen. Regierung, Justiz und Parlament sollten sich mehr als je zuvor um die Erfüllung ihrer Pflichten bemühen. Die Justiz sollte alle Personen, die Gerüchte und Lügen verbreiten, ohne Erbarmen verfolgen. Als Führer der Revolution habe er selbst Pflichten zu erfüllen, die viel weitausreicher seien als die der Exekutive. Daher werde er keine Abweichungen von den Grundsätzen der islamischen Staatsordnung dulden und aus jedem Fehlgriff die nötigen Konsequenzen ziehen.

Gründung einer Frauenpartei

Einige Frauen, die der „Front Mosharekat“, der größten Organisation der Re-

formbewegung, angehören, haben die Absicht, eine Frauenpartei zu gründen. Sie begründen ihre Absicht damit, dass der Umgang mit politisch aktiven Frauen, selbst unter den Reformern noch weit von Gleichberechtigung entfernt sei. Auch bei dem letzten Kongress der „Front Moscharekat“ Ende Juli seien lediglich zwei Frauen in den Zentralrat gewählt worden. Daher haben sich einige Frauen gemeinsam mit den weiblichen Parlamentarierinnen entschlossen, eine eigene Partei zu gründen. Die Partei soll sich hauptsächlich um die Rechte der Frauen kümmern.

Studentendemonstrationen zum Jahrestag der Studentenunruhen im Sommer 1999

Am 19. Juli, dem Jahrestag der Studentenunruhen, gab es in der Hauptstadt und anderen größeren Städten Irans Demonstrationen und Kundgebungen. Allein in Teheran versammelten sich trotz Demonstrationsverbot fast 1000 Studenten. Bei den Unruhen vor drei Jahren hatten Ordnungs- und Geheimdienstkräfte ein Studentenheim in Teheran überfallen. Dabei wurde ein Student getötet, Hunderte verletzt und ebenso viele verhaftet. Einige der Verhafteten befinden sich immer noch im Gefängnis. Die Demonstranten forderten unter anderem die Freilassung ihrer Kommilitonen. Interessant war auch die Parole: „Lasst Palästina sein, denkt lieber an unser Land.“ Ordnungskräfte hatten die umliegenden Straßen gesperrt. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit den versammelten Studenten. Es gab neue Verhaftungen. Über ihre Zahl gibt es keine Informationen.

Verbot der populären Organisation „Freiheitsbewegung“

Das islamische Revolutionsgericht hat am 27. Juli die liberale Organisation „Freiheitsbewegung“ verboten. 33 Parteimitglieder erhielten Freiheitsstrafen zwischen vier Monaten und zehn Jahren. Acht Angeklagte erhielten Geldstrafen, 21 Mitgliedern wurde jegliche politische Betätigung für die nächsten zehn Jahre untersagt. Die Angeklagten sowie die gesamte Organisation wurden beschuldigt, die nationale Sicherheit gefährdet, den Sturz der Islamischen Republik vorbereitet, geheime Kontakte mit dem Ausland herge-

stellt und geheime Informationen gesammelt zu haben.

Die „Freiheitsbewegung“, vor 43 Jahren gegründet, genießt in Iran eine große Popularität. Bei der Organisierung der Revolution gegen die Schah-Diktatur spielte sie eine große Rolle. Ihr Vorsitzender, Mehdi Bazargan, wurde vom Revolutionsführer Chomeini zum Premierminister der provisorischen Regierung ernannt. Doch kaum ein Jahr im Amt fiel er in Zusammenhang mit der Geiselnahme der Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran in Ungnade und wurde abgesetzt. Dennoch schützte ihn seine große Popularität vor einer Verhaftung oder gar Hinrichtung. Seine Organisation, die „Freiheitsbewegung“, wurde zwar nicht offiziell verboten, sie wurde aber aus allen politischen Aktivitäten ausgeschlossen. Seitdem befindet sie sich in halblegalem Zustand. Mit dem Beginn der Reformbewegung und vor allem nach der Amtsübernahme Chatamis erweiterte sich der Spielraum der Organisation. Ihre politische Bedeutung besteht insbesondere darin, dass sie ein Bindeglied ist zwischen den Kräften im islamischen Lager, die als „eigene“ bezeichnet werden, und den Kräften außerhalb dieses Lagers – man nennt sie „nichteigene“. Sie arbeitet eng mit der „Religiös-Nationalen Strömung“, die dieselbe politische Funktion erfüllt. Beide Gruppen werden auch als wichtigste Stützen der Reformbewegung betrachtet. Die geistigen und politisch-gesellschaftlichen Impulse der Reformbewegungen gingen von diesen Gruppen aus. Ihre führenden Mitglieder, die sich zum Teil als Journalisten und Autoren betätigten, haben einen großen Anteil an der Entstehung der liberalen Presse, die das politische Rückgrad der Reformbewegung bildet. Daher ist es nicht erstaunlich, dass im Zuge der großen Kampagne der Rechten gegen die liberale Presse vor zwei Jahren auch sie zur Zielscheibe der Angriffe wurden. Zahlreiche Mitglieder der „Religiös-Nationalen Strömung“ und der „Freiheitsbewegung“ wurden verhaftet, später jedoch gegen hohe Kautionen freigelassen. Die Freilassung erweckte den Eindruck, als seien die Konservativen zu dem Schluss gelangt, sich mit den beiden Gruppen zu versöhnen. Es entstand sogar das Gerücht, die moderateren Konservativen, die eine Rückeroberung der Regierung und des Parlaments planen, hätten

die beiden Gruppen zur Mitarbeit aufgefordert. Daher meinen manche Beobachter, die harten Urteile seien das Werk der Fundamentalisten, die die Pläne der Moderaten verhindern wollten.

Was immer hinter den Kulissen gespielt wird, die Urteile wurden allgemein als eindeutige Provokation, als offene Kampfansage vor allem an die Reformbewegung gedeutet. Führende Vertreter der Reformbewegungen, darunter zahlreiche Parlamentsabgeordnete und namhafte Journalisten, protestierten gegen das Urteil. Auch der Vorsitzende der „Freiheitsbewegung“, Ebrahim Jazdi, der vor wenigen Monaten aus den USA nach Iran zurückgekehrt war, erklärte, seine Organisation werde gegen die Urteile Widerspruch einlegen. Gegen Yazdi selbst läuft ebenfalls ein Prozess. Das Urteil wird in Kürze erwartet. Unter den Verurteilten befinden sich auch zwei ehemalige Minister. 11 der 52 Angeklagten wurden freigesprochen.

Kongress der Front Mosharekat mit aufschlussreichem Kommuniqué

Die Islamisch-Iranische Front, die größte Organisation der Reformbewegung, die Staatspräsident Chatami nahe steht und die Mehrheit im Parlament bildet, verabschiedete auf ihrem dritten Kongress vom 26. bis 28. Juli ein 25seitiges Kommuniqué, das nach Meinung politischer Beobachter eine letzte Warnung an die Konservativen darstellt. Es enthält eine ungeschminkte Bilanz des gegenwärtigen Zustandes des Landes, Kritik gegen die rechten Islamisten und schließlich ein Programm zur Rettung des Landes aus der nach Meinung des Kongresses tiefen Krise, in der sich das Land zurzeit befindet.

Die Bilanz, die die Front vorlegt, beruht nach eigenen Angaben auf wissenschaftlichen Studien und Umfragen. Wir fassen hier kurz die Ergebnisse zusammen:

Legitimation und Akzeptanz des islamischen Staates gerät ins Wanken

Die Front Mosharekat vertritt die Ansicht, dass die Legitimation des Staates stark ins Wanken geraten ist.

Bürgerinnen und Bürger im Alter zwischen 15 bis 30 Jahren wurden aufgefordert, fünf Personen des öffentlichen Lebens zu nennen, die sie am meisten schätzen. Genannt wurde unter den Verantwortlichen des Staates an erster Stelle Chatami. Zwar bekundeten 37% der Befragten ihre Sympathie für den Staatspräsidenten, aber insgesamt nur 15% für die nächsten vier Personen, die ein hohes Staatsamt tragen. Sportler, Schauspieler, Künstler scheinen bei den Befragten weitaus beliebter zu sein. Bei der Frage nach den beliebtesten Gruppen schnitten Hochschullehrer und Schauspieler mit 4,7 Punkten am besten ab, gefolgt von Schriftstellern mit 4,0 Punkten. Ganz unten in der Rangliste stehen die Geistlichen mit 0,6, die Hizbollahis mit 0,43 und die Basidjis (die Organisation für den Aufbau, die als einer der größten Stützen der Konservativen betrachtet wird) mit 0,36 Punkten.

Der Protest der Bevölkerung gegen Auspeitschungen und hohen Haftstrafen kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass den politischen Gefangenen die größte Sympathie entgegengebracht wird. Ebenso groß ist die Sympathie für Gruppen, die sich für die Rechte der Frauen einsetzen.

Das Schlusskommunique, das nahezu einstimmig von den Kongressteilnehmern verabschiedet wurde, folgert aus diesen Zahlen, dass der islamische Staat, der „von einer Gruppe von rund zweitausend Personen, die zum Teil miteinander verwandt und verschwägert sind, regiert wird, in einer tiefen Legitimationskrise steckt.“ Es ist höchst bemerkenswert, wenn die größte politische Organisation des Landes, die die Regierung und die Mehrheit stellt, zu der Feststellung gelangt, dass zwischen dem Staat und dem Volk ein tiefer Graben besteht.

Glaube und Legitimität

Das Kommunique stellt fest, dass die Legitimationskrise mit einem Verlust der Glaubwürdigkeit der Religion Hand in Hand geht. „Der Grund für diesen Verlust besteht darin“, meinen die Autoren, „dass die Geistlichkeit den Versuch unternommen hat, die Politik moralisch zu bessern. Doch in der Realität hat die Politik auch die Geistlichkeit verdorben. Zu keiner Zeit in der iranischen Geschichte wurde die

Geistlichkeit in diesem Ausmaß für die Probleme des Landes verantwortlich gemacht.“ Die Tatsache, dass immer weniger Geistliche als Volksvertreter gewählt werden, sei ein Indiz für die Unbeliebtheit der Vertreter des Klerus im Volk.

Bei einer Befragung der Studenten meinten lediglich 6,5%, die Geistlichen seien die besten Interpreten des Glaubens. 81,6% vertraten die gegenteilige Meinung. 76,3% der Studenten waren der Ansicht, in Anbetracht der herrschenden Meinungsvielfalt in der Gesellschaft könne es ohnehin keine einheitliche Auffassung des islamischen Glaubens geben. 71% der Bevölkerung meinen, in den letzten zehn Jahren sei der Glaube an die Religion stark geschwächt worden. 63% sind der Ansicht, dass der Glaube in den nächsten zehn Jahren vollends oder zumindest zu einem großen Teil verloren gehen wird.

Die Autoren sehen den Grund für diese Entwicklung darin, dass „die Religion sich zu einem Instrument der politischen Macht verwandelt hat.“

Die allgemeine Unzufriedenheit

Die Kongressteilnehmer stellen fest, dass die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung rapide steigt und stützen sich dabei auf eine kürzlich durchgeführte Meinungsumfrage. Diese besagt, dass 46,6% der Bevölkerung über die Teuerung des Lebensunterhalts klagen, 24,6 über die Arbeitslosigkeit, 24,8 über die Zunahme der Drogensucht, 10,4% über die staatliche Korruption.

Das Kommunique zählt zahlreiche Gründe für diese Unzufriedenheit auf. Jährlich begeben sich zwischen 800.000 bis einer Million Jugendliche auf die Suche nach Arbeit, höchstens die Hälfte von ihnen findet einen Arbeitsplatz. Die Folge sei Hoffnungslosigkeit und Resignation, die sich eines Tages in Wut und Rebellion verwandeln könnte. Um die Gefahr der gesellschaftlichen Krise spüren zu können, brauche man nur einen Blick auf die Justiz zu werfen. Sie hatte im Jahre 2000 mehr als fünf Millionen Fälle zu behandeln. Jährlich wandern im Durchschnitt 800.000 Menschen ins Gefängnis. Noch im Jahr 2000 hätten Zweidrittel der Bevölkerung die Meinung vertreten, das Land ließe sich durch Reformen verän-

dern, während 23% glaubte, das System sei nicht reformierbar und müsse grundlegend umgewälzt werden. Im Frühjahr 2002 hat sich die Volksmeinung stark zugunsten der zweiten Gruppe verändert.

Selbstkritisch stellt das Kommuniqué fest, dass auch die Reformer in der Regierung und im Parlament nicht in der Lage gewesen seien, die Probleme des Landes auch nur annähernd zu lösen und resümiert: „So kann es nicht weitergehen“. Die machthabenden Gegner der Reformen seien mit ganzer Kraft bemüht, die Reformbewegung zu blockieren und jede Veränderung zu vereiteln. Sie wollen durch Terroranschläge, das Verbot der kritischen Presse, die Blockierung des Parlaments und die Einkerkelung führender Köpfe der Reformbewegung eine Rückkehr zu alten Zeiten erreichen. Die versöhnliche und behutsame Politik der Reformer habe sich als unbrauchbar erwiesen. Es habe sich herausgestellt, dass ein Konsens zwischen Konservativen und Reformern nicht möglich sei. Der bestehende Graben zwischen Staat und Volk habe sich nun auch innerhalb des Staates gebildet und damit eine Doppelherrschaft hervorgebracht, die regierungsunfähig sei. Daher müsse die Reformbewegung nach neuen Strategien und Taktiken suchen. Man müsse den Konservativen mit größerer Klarheit und Entschiedenheit entgegentreten.

Die Attacken aus den USA hätten die Situation wesentlich verschärft. Für Iran gäbe es nun drei Möglichkeiten: Erstens Fortdauer des gegenwärtigen Zustands. Das Land würde vollends im Chaos versinken, bis es ähnlich wie die Balkanstaaten zerfallen und sogar seine nationale Souveränität verlieren könnte. Zweitens könnte sich die islamische Staatsordnung, wie manche Konservativen es bereits planen, in eine absolute Diktatur verwandeln. Doch einen solchen Weg würde das Volk niemals akzeptieren. Der dritte Weg wäre die ernsthafte Fortsetzung der Reformen. Dieser Weg sei jedoch nicht gangbar, wenn bestimmte Fraktionen den Willen des Volkes nicht akzeptieren, wenn Menschenrechte missachtet, die individuellen und gesellschaftlichen Freiheiten eingeschränkt und Regierung und Parlament entmacht werden. Sollten diese Voraussetzungen nicht erfüllt werden und sollten jene, die ohne Mandat Macht ausüben, nicht bereit sein,

endlich den Willen des Volkes zu akzeptieren, dann bleibe den Anhängern der Reformbewegung keinen anderen Ausweg, als die ihnen vom Volk übertragene Verantwortung niederzulegen und ihre Aktivitäten jenseits des Machtapparats fortsetzen.

Das Kommuniqué rief heftige Proteste der Konservativen hervor. Die rechten Zeitungen, der staatliche Rundfunk und das Fernsehen warfen der Front vor, den islamischen Glauben, die Geistlichkeit sowie die Gläubigen beleidigt und denunziert zu haben. Einer der mächtigsten Wortführer der Islamisten und Vorsitzender der Gruppe „Motalefeh Eslami“ (Islamische Koalition), Habibollah Asgaroladi, bezichtigte die Front in einem offenen Brief an Mohammad Reza Chatami, den Bruder des Staatspräsidenten, der zugleich Vorsitzender der Front Mosharekat ist, der Kollaboration mit den USA. Es gäbe zwischen den Äußerungen Präsident Bushs und denen mancher Mitglieder der Front erschütternde Ähnlichkeiten, schrieb Asgaroladi. Er habe den Eindruck, die Front habe die Absicht, das Volk und den Glauben zu spalten und damit den Sturz der islamischen Staatsordnung herbeizuführen.

II. Wirtschaft

Arbeiter demonstrieren gegen Änderung des Arbeitsrechts

Experten sind der Meinung, dass das iranische Arbeitsrecht einer grundlegenden Reform bedarf. Viele betrachten die gegenwärtigen Gesetze als eine wichtige Ursache der hohen Arbeitslosigkeit. Dennoch fühlen sich offensichtlich die Regierung und das Parlament nicht zu einer Reform in der Lage. Das einzige, was die Regierung zurzeit erwägt, ist eine Gesetzesänderung, wonach es einer Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben und allen Betrieben, die weniger als zehn Arbeiter und Angestellte beschäftigen, erlaubt werden soll, einige Passagen des Arbeitsrechts zu umgehen. Diese Änderung würde jedoch rund 96% aller Betriebe des Landes betreffen. Die Arbeiter sind gegen diese Änderung, denn sie befürchten, dass den Arbeitgebern im Umgang mit Arbeitern und Angestellten, wie zum Beispiel bezüglich der Kündigungsfrist oder des Mindestlohns, ein größerer Spielraum gewährt werden würde, was wiederum die Position der Arbeiter erheblich verschlechterte. Nach offiziellen Angaben hat Iran zurzeit 3,2 Millionen Arbeitslose. Die tatsächliche Zahl wird auf fünf bis sechs Millionen geschätzt. Die Stimmung unter den Arbeitern ist äußerst schlecht. In manchen Betrieben haben Arbeiter seit Monaten keinen Lohn erhalten. Armut macht sich unter den Werkträgern breit. Die demonstrierenden Arbeiter forderten die Regierung und das Parlament auf, sich endlich mehr für ihre Rechte einzusetzen. Ähnlich wie in Teheran gab es auch in anderen Städten Arbeiterdemonstrationen. Sollte für die steigende Arbeitslosigkeit keine Lösung gefunden werden, muss mit landesweiten Arbeiterunruhen und Demonstrationen gerechnet werden.

Laufender Fünfjahrplan scheitert

Die Mischung verschiedener Wirtschaftsformen und das Nebeneinander unterschiedlicher, ja oft widersprüchlicher Systeme macht die iranische Wirtschaft nicht nur unübersichtlich, sie hemmt auch deren Entwicklung. Der Staat spielt nicht zuletzt durch die Einnahmen aus der Erdölindustrie eine dominierende Rolle. Dennoch ist es ihm

bislang nicht gelungen, auch nur ansatzweise die wichtigsten ökonomischen Probleme des Landes zu lösen. Der Versuch, durch Fünfjahrpläne die Entwicklung kontinuierlich voran zu treiben, muss gemessen an den bisherigen Ergebnissen als mehr oder weniger gescheitert betrachtet werden. Der dritte Fünfjahrplan, dessen Zeit fast zur Hälfte abgelaufen ist, weckte große Hoffnungen, weil er von den Reformern konzipiert worden war und grundlegende Veränderungen angekündigt worden waren. Doch inzwischen scheinen diese Ziele zum großen Teil in Vergessenheit geraten zu sein. Wirtschaftsstrategen der Regierung haben bereits begonnen, den vierten Fünfjahrplan zu entwerfen. Der gegenwärtige Fünfjahrplan hatte jährlich 760.000 neue Arbeitsplätze zum Ziel, um den Stand der Arbeitslosigkeit zumindest konstant halten zu können. Doch dieses Ziel wurde nicht einmal zur Hälfte erreicht. Laut Angaben des Arbeitsministeriums hat die Anzahl der Arbeitssuchenden im Vergleich zum Vorjahr um 87% zugenommen. Selbst bei Akademikern ist eine Verdopplung der Arbeitssuchenden festzustellen.

Für das Scheitern der Pläne gibt es mehrere Gründe: Die dominierende Rolle der Ölindustrie und das ständige Schwanken der Ölpreise machen die iranische Wirtschaft von der Entwicklung des Weltmarkts stark abhängig. Die Orientierungslosigkeit der iranischen Außenpolitik und die politischen Auseinandersetzungen im Innern wirken einer langfristigen Planung entgegen. Den Reformwilligen ist es aufgrund der Blockadepolitik der Konservativen nicht gelungen, die schwerfällige Verwaltung zu reformieren. Sie haben es auch nicht vermocht, trotz ständiger Ankündigung und entsprechender Beschlüsse, dem Privatkapital genügend Sicherheiten und Möglichkeiten für einen freien Wettbewerb zu gewähren. Die Regierung hat zuwenig Macht und Durchsetzungsvermögen, um das Monopol der Stiftungen, die einen großen Teil der iranischen Wirtschaft beherrschen, zu brechen. Schließlich sollte erwähnt werden, dass die Pläne der Regierung und der dritte Fünfjahrplan zwar von liberal orientierten Wirtschaftsexperten entworfen wurden; deren Ausführung obliegt jedoch zumeist den Konservativen, deren Denken und Vorstellung von einer liberalen Wirtschaft weit entfernt liegt.

Modernisierung verpasst - Der desolatte Zustand des iranischen Luftverkehrs

Der iranische Luftverkehr, der zu Schahs-Zeiten im Vergleich zu dem ähnlich strukturierter Länder weit vorn lag, befindet sich in einem desolaten Zustand. Auf einem Mitte Juli in Teheran stattgefundenen Seminar zum Thema: „Ausschöpfung nationaler Kapazitäten“ erklärte der iranische Verkehrsminister Ahmad Khorram, die im Staatshaushalt vorgesehenen Mittel für den Luftverkehr würden bei weitem nicht ausreichen, um den Luftverkehr auch nur ansatzweise zu erneuern. Er gab bekannt, dass die staatliche Fluggesellschaft „Homa“ im laufenden Jahr ein Verlust von 100 Milliarden Tuman (rund 13 Millionen Euro) verbucht habe.

In der Tat hat der islamische Staat es versäumt, sich um die Modernisierung des staatlichen Luftverkehrs zu bemühen. Das Gesamtkapital, das seit der Gründung der Islamischen Republik vor 23 Jahren in der Fluggesellschaft „Homa“ investiert worden ist, beträgt 500 Millionen Dollar, d.h. im Jahresdurchschnitt 22 Millionen Dollar. Während dieser Zeit hat „Homa“ ganze fünfzehn Passagierflugzeuge gekauft, darunter sieben gebrauchte Maschinen aus der Türkei und den Emiraten. Im Vergleich dazu, schreibt der iranische Journalist Fereidun Khawand, habe die Luftverkehrsgesellschaft der Emirate, die Dubai gehört, im Jahr 2001 für 15 Milliarden Dollar 22 zweistöckige Airbusmaschinen bestellt. Das bedeute, dass Dubai in einem einzigen Jahr für den Luftverkehr der Emirate 30mal mehr investiert hat als die Islamische Republik für „Homa“ in 23 Jahren. Iran fehlt es nicht nur an modernen Maschinen, sondern auch an geschulten Piloten. Denn der marode Zustand des iranischen Luftverkehrs hat viele Piloten ins Ausland vertrieben.

Der aufgeblähte Staatsapparat

Laut Angabe der Nachrichtenagentur „ISNA“ hat Mahmud Asgari, Stellvertreter Leiter des Personal- und Planungsamtes, erklärt, der Personalbestand der gesamten Verwaltung habe sich in der Zeit zwischen 1973 und 1999 um das Achtfache, das heißt von 297.000 auf 1.776.000 gesteigert. Allein in den zwanzig Jahren nach der Revolution (von 1979 bis 1999) hat sich

die Zahl der staatlichen Angestellten vervierfacht, obwohl sich die Bevölkerungszahl während desselben Zeitraums nur verdoppelt hat. Die Folge dieser unangemessenen Steigerung ist laut Asgari, dass die Möglichkeiten des Staates, die eigenen Angestellten ihren Fähigkeiten entsprechend finanziell zu versorgen, immer mehr eingeschränkt werden. Dieser Zustand eröffnet der Korruption Tür und Tor.

Auch die Zahl staatlicher Hauptunternehmen habe sich laut Asgari im Zeitraum zwischen 1979 bis 1996 verdreifacht. Gegenwärtig gibt es in Iran mehr als 16.000 staatliche Unternehmen. Der Staat beschäftigt insgesamt 2.250.000 Personen. Sachverständige stimmen darin überein, dass ein solcher aufgeblähter Staatsapparat für eine rasche Entwicklung hinderlich sei.

Die Zahl der Arbeitslosen steigt

Nach Angaben des Amtes für Statistik hat die Zahl der Arbeitslosen vom März 2001 bis Februar 2002 von 13,86% auf 14,72% zugenommen. Das Amt führt die Zunahme auf den Anstieg der Zahl der arbeitsfähigen Bevölkerung zurück. Diese offiziellen Angaben werden in Fachkreisen mit großer Skepsis betrachtet. In diesen Kreisen wird die Zahl der Arbeitslosen auf 5,5 bis 6 Millionen geschätzt. Das ist rund 25% der arbeitsfähigen Bevölkerung.

Bemerkenswert ist, dass laut offiziellen Angaben die höchste Arbeitslosenquote bei Männern und Frauen im Alter zwischen 15 und 29 Jahren zu finden ist. Rund siebzig Prozent der beim Arbeitsministerium registrierten Arbeitslosen haben seit länger als zwei Jahren keine Arbeit. Schließlich ist bei den Statistiken besonders auffällig, dass die Arbeitslosigkeit unter den Männern und Frauen mit akademischer Ausbildung ständig steigt. Im Jahre 2000 waren 9% der Mediziner, 15% der Juristen 11% Ingenieure arbeitslos.

Inflation - eine chronische Krankheit

Nach den von der iranischen Zentralbank veröffentlichten Daten sind in den Städten die Preise im April dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahr um

14,3% angestiegen. Zwischen 1980 und 2000 betrug die Inflationsrate im Durchschnitt 11,2%. Allerdings müssen die zumeist beschönigenden offiziellen Angaben stets mit Skepsis betrachtet werden. Diese kontinuierliche Schwächung der Kaufkraft, die keineswegs durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen wird, treibt immer mehr Familien mit niedrigem Einkommen in die Armut. Demgegenüber profitieren die Bazaris und die mafiösen Stiftungen von der Inflation.

Iran hat ein neues Auto

Das neue Auto, das auf Vorschlag des Staatspräsidenten Chatami „Samad“ (goldenes Pferd) genannt wurde, soll den nun dreißig Jahre alten „Peykan“ endgültig ablösen. Während „Peykan“ aus hauptsächlich importierten Teilen in Iran montiert wurde, ist „Samad“ ein echtes iranisches Produkt. Bereits vor sechs Jahren wurde mit der Planung des neuen Fahrzeugs begonnen. Es sollte ein Auto sein, das den heutigen Ansprüchen gerecht wird, es sollte Fahr-sicherheit garantieren und schick aussehen. Das Modell wurde von iranischen Ingenieuren entworfen. Die Ausstattung ist gut, die Fahrtüchtigkeit und Sicherheit stellt im Vergleich zu „Peykan“ einen erheblichen Fortschritt dar. Es sollen in diesem Jahr zunächst 5000 Autos und in den nächsten fünf Jahren bis 200.000 Autos produziert werden. Man hofft auch auf Bestellungen aus den Nachbarländern. Hohe Einfuhrzölle für ausländische Fahrzeuge sollen den Markt für das eigene Produkt frei halten.

III. Außenpolitik

Washington verlangt von Moskau ein Ende der Atomkooperation mit Iran

Die Ankündigung Russlands, nicht nur das Atomkraftwerk in der südiranischen Stadt Bushehr fertig zu stellen, sondern in den kommenden zehn Jahren weitere fünf Atomreaktoren im Wert von 8,5 Milliarden Dollar bauen zu wollen, forderte einen scharfen Protest der USA heraus. Der amerikanische Energieminister Spencer Abraham erklärte zum Abschluss seines Besuchs in Moskau: „Wir fordern Russland nachdrücklich auf, jegliche nukleare Zusammenarbeit mit Iran einzustellen, einschließlich der Unterstützung beim Bau des Reaktors in Bushehr“. Offensichtlich wächst die Furcht der Amerikaner, auch Israels, Iran könnte bald im Besitz von Atomwaffen gelangen. Präsident Bush hatte bei seinem Besuch in Moskau Präsident Putin auf dieses Thema angesprochen und die Zusicherung erhalten, dass Moskau schon aus eigenem Interesse niemals dazu beitragen werde, dass ein Nachbarstaat die Möglichkeit erhält, Atomwaffen herzustellen. Die neuerliche Ankündigung Moskaus, drei weitere Atomkraftwerke in Bushehr und einen Reaktor in Südwesten Irans, in der Nähe der Stadt Ahwas errichten zu wollen, kam auch für Washington überraschend. Der Bau soll laut Angaben aus Moskau im Rahmen eines breit angelegten Kooperationsprogramms zwischen Iran und Russland im Wert von vierzig Milliarden Dollar erfolgen. Das Programm umfasst, wie die FAZ berichtet, die Errichtung konventioneller Kraftwerke, die Erschließung von Öl- und Gasvorkommen, den Bau von Passagierflugzeugen und Projekte der Telekommunikation. Hinzu kämen noch konventionelle Waffe - darunter Flugzeuge, U-Boote und Hubschrauber - die Russland bis zum Jahre 2005 an Iran liefern soll.

Nach dieser Ankündigung verstärkte sich der Druck Washingtons auf Moskau. Laut „Washington Post“ soll es zwischen den Regierungen der USA und Israels Überlegungen geben, wie man den Bau des Kraftwerks in Bushehr verhindern könnte. Sollte der Druck auf Moskau zu keinem Ergebnis führen, sei sogar die Möglichkeit eines Militärschlags erwogen worden. In Teheran

wird diese Möglichkeit als sehr ernst eingeschätzt.

Chef des israelischen Geheimdienstes Mussad bezeichnet Iran als die größte Gefahr für die westliche Welt

Der Chef des israelischen Geheimdienstes Mussad erklärte bei einem Geheimgespräch mit hohen Vertretern der NATO Anfang Juli in Brüssel, die Islamische Republik Iran betreibe nicht nur atomare Aufrüstung, sondern sei auch dabei, die hierfür notwendigen Trägerraketen zu bauen. Gegenwärtige werde die Rakete „Shahab 3“ fertig gestellt, deren Reichweite für einen Angriff auf Europa, ja sogar auf die USA genügen würde. Weiterhin berichtete er von dem Bemühen Irans, im Besitz von chemischen und biologischen Massenvernichtungswaffen zu gelangen. Somit bilde Iran zurzeit die größte Gefahr gegen die westliche Welt. Die Äußerungen des israelischen Geheimdienstchefs wurden in der israelischen Presse zitiert. Sie bestätigen das Gerücht, dass Israel die Absicht habe, durch einen Blitzangriff den noch im Bau befindlichen iranischen Atomreaktor in der südiranischen Stadt Bushehr zu bombardieren. Parallelen zur Bombardierung atomarer Einrichtungen im Irak 1981 drängen sich auf.

Javier Solana in Teheran

Der EU-Ministerrat hatte Mitte Juni dieses Jahres beschlossen, mit der Islamischen Republik Iran Verhandlungen über ein umfassendes Handels- und Kooperationsabkommen aufzunehmen. Anders als die USA, die bereits wenige Monate nach der Gründung der Islamischen Republik die diplomatischen Beziehungen zu Iran abgebrochen und einen Wirtschaftsboykott über das Land verhängt haben, vertrat die EU stets die Auffassung, durch Dialog und Kooperationsbereitschaft eine Öffnung des Landes erreichen und damit die Reform- und Demokratiebewegung unterstützen zu können. Dieser Kurs wurde auch dann fortgesetzt, als die USA nach der Amtsübernahme Präsident Bushs und vor allem nach den Terroranschlägen vom 11. September den Druck auf Iran verschärften. Bush bezeichnete Iran neben Nordkorea und Irak als „Achse des Bösen“ und versuchte durch den Druck auf Russland, China und die EU, Iran immer

mehr zu isolieren. Die EU leistete Widerstand und setzte den Kooperationskurs fort. Allerdings machte der Ministerrat das Handelsabkommen von bestimmten politischen Voraussetzungen, vor allem bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte, abhängig.

Der zweitägige Besuch des EU-Beraters für Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, Ende Juli in Teheran sollte gerade diesem Aspekt Nachdruck verleihen. Doch ob Zufall oder Absicht, der Zeitpunkt war denkbar ungünstig gewählt. Die Ereignisse der letzten Wochen erweckten zumindest den Verdacht, dass die Gegner der Annäherung Irans an die EU mit allen Mitteln versucht hätten, den Besuch Solanas statt zum größeren Konsens eher zur Verschärfung der Konflikte zu nutzen.

Zu den Gesprächspartnern Solanas gehörte neben Staatspräsident Chatami, Außenminister Charrasi, und Ex-Staatspräsident Rafsandjani auch der Ausschussvorsitzende für Außenpolitik und nationale Sicherheit Mohsen Mirdamadi. Wie peinlich, dass gerade er wenige Tage vor Solanas Besuch in seiner Eigenschaft als Herausgeber der Tageszeitung Noruz zu sechs Monaten Gefängnis, 20 Millionen Rial Geldstrafe und vier Jahren Verbot journalistischer Tätigkeit verurteilt wurde. Seine reformorientierte Zeitung wurde für sechs Monate verboten. Es gab aber zum Auftakt der Staatsvisite noch größere Peinlichkeiten, die Solana als Hohn auf seine politischen Forderungen empfinden müsste. Kurz vor seiner Ankunft in Teheran wurde, wie oben berichtet, der 73jährige Journalist Siamak Purzand, der zuvor zu elf Jahren Gefängnis verurteilt worden war, zu erniedrigender Selbstbezeichnung gezwungen. Das Islamische Revolutionsgericht verbot in einem selbst für die Konservativen überraschenden Urteil die Organisation der „Freiheitsbewegung“, ihre wichtigsten Mitglieder, darunter zwei ehemalige Minister, erhielten langjährige Haftstrafen. Die Organisation der Revolutionswächter, der militärische Arm der Islamischen Republik, die eine weitaus größere Rolle spielt als die Armee, veröffentlichte eine Erklärung, in der sie die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten, die der Reformfraktion angehört, als fünfte Kolonne der USA bezeichnete und drohte, sie sei nicht länger bereit, die Kollaboration mit dem größten

Feind Irans zu dulden. Revolutionsführer Khamenei bekräftigte diese Warnung und drohte, sollte er bei der Führung der Legislative, Exekutive oder Judikative Abweichungen von den Grundsätzen der Revolution feststellen, werde er die nötigen Konsequenzen ziehen. All dies, meinen Beobachter im Land, deute auf einen bevorstehenden Staatsstreich der Rechten. Über den Rücktritt des Ayatollah Talehri und den Kongress der Front Moasharekat, die vor den Besuch Solanas stattfanden, haben wir oben ausführlich berichtet.

Solana reagierte auf diese Ereignisse mit einer ungewöhnlich scharfen Kritik, die er nicht hinter verschlossenen Türen und als Pflichtübung, sondern öffentlich auf einer Pressekonferenz vorbrachte. Das Erstaunliche dabei war, dass seine Äußerungen mit den Worten, die Präsident Bush am 12. Juli in Washington an die Machthaber Irans gerichtet hatte, nahezu identisch waren. Er forderte unmissverständlich den Gottesstaat auf, die Menschenrechte zu achten, die Justiz zu reformieren, auf den Bau von Massenvernichtungswaffen zu verzichten, die UNO-Resolution 1373 gegen den internationalen Terrorismus zu akzeptieren, die Unterstützung bewaffneter Organisationen in Palästina zu unterlassen und sich stattdessen für den Frieden zwischen Israel und Palästina einzusetzen. Damit nicht genug, er äußerte sein Bedauern darüber, dass die Reformen ins Stocken geraten seien und erklärte, ohne spürbare politische Reformen sei ein Handelsabkommen mit der EU nicht möglich.

Politische Beobachter in Teheran vermuten, dass der Druck der USA auf die EU, die Beziehungen zur der Islamischen Republik nicht weiter auszubauen, Wirkung gezeigt haben. Die Folgen eines Kurswechsels der EU Iran gegenüber wären verheerend. Davon würden allein die rechten Islamisten profitieren. Denn jede Konfrontation mit dem Westen dient zur Legitimation ihrer Macht und liefert ihnen die Handhabe, ihr Fußvolk gegen die Reformbewegung zu mobilisieren. Die Rechten haben seit der Wahl Chatamis zum Staatspräsidenten und erst recht seit dem die Reformer im Parlament die Mehrheit stellen mit allen legalen und illegalen Mitteln versucht, die Refor-

men zu torpedieren, mit dem Ziel, dass das Volk die Hoffnung, die es vor fünf Jahren in Chatami und seine Regierung gesetzt hatte, die Hoffnung auf die Öffnung und Liberalisierung der Gesellschaft verliert. Dieses Ziel haben sie inzwischen weitgehend erreicht. Die Reformbewegung steht vor einer Spaltung, Chatamis Basis im Volk ist stark geschrumpft. Schon präsentiert sich Ex-Staatspräsident Rafsandjani, der als einflussreichste Figur der Rechten gilt, als Retter der Nation und bereitet sich auf eine erneute Machtübernahme vor. Die Reformer brauchen außenpolitische Erfolge und Iran ist ökonomisch auf engen Beziehungen zu Europa angewiesen. Die Verknüpfung eines Handelsvertrags mit politischen Forderungen seitens der EU ist richtig und notwendig. Doch ein Kurswechsel von Kooperation zur Konfrontation würde der Reformbewegung in Iran einen schweren Schlag versetzen.